

Peeneblick

Mitteilungsblatt der LINKEN in der Region Demmin
Ausgabe November 2016

Herzlich willkommen im neuen Wahlkreisbüro in Demmin



Am 21. November 2016 eröffneten die Landtagsabgeordneten Jeannine Rösler und Peter Ritter in Demmin ihr neues Wahlkreisbüro.

Wir haben unsere Räumlichkeiten in der Südmauer 4a verlassen und sind nun in die Clara-Zetkin-Straße 7 gezogen. Damit liegt der neue Anlaufpunkt der LINKEN

für Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Initiativen und Vereine zentraler und sichtbarer.

Wie bisher bieten wir regelmäßig die Sozial- und Rechtsberatung mit dem Rechtsanwalt Alexander Schmidt an. Auch der Mieterverein wird in den neuen Räumlichkeiten wieder seine Be-

ratungstätigkeit aufnehmen und jeden ersten Mittwoch im Monat ab 12 Uhr präsent sein.

Es wird feste Sprechzeiten der Landtags- und der Bundestagsabgeordneten geben, auch die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag MSE und die Fraktion DIE LINKE. in der Demminer Stadtvertretung

sind hier zu erreichen. Wer sich mit Hinweisen und Problemen an uns wenden möchte, erreicht die Wahlkreismitarbeiter, Dirk Bruhn und Kornelia Gillert, jeden Mittwoch von 9 bis 12 Uhr und am Donnerstag von 15 bis 18 Uhr. Wir sind erreichbar unter den Nummern: 0172 8470525 oder 0174 8271495 und per Email: j.roesler@dielinke.landtag-mv.de oder p.ritter@dielinke.landtag-mv.de.

Jeder und jedem stehen wir mit Rat und Tat zu Seite. Wir wünschen uns, dass Leben einzieht in die Clara-Zetkin-Straße 7. Deshalb werden neben den Sprechstunden interessante politische Veranstaltungen stattfinden. Darüber hinaus wollen wir Kultur in die neue Räumlichkeit holen, etwa mit Lesungen oder kleinen Filmabenden.

Aber wir freuen uns auch, wenn Leute einfach nur auf einen Kaffeepausch und Gespräche vorbeikommen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Aus unserer Arbeit

Schluss mit Klein-Klein und Notfallversorgung der Kommunen

Zur veröffentlichten November-Steuerschätzung erklärt die finanzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Wie schon in den Jahren davor, kann Mecklenburg-Vorpommern auch in diesem Jahr mit einem Einnahmepplus rechnen. Das ist erfreulich. Aber noch erfreulicher wäre es, wenn dieses Plus auch tatsächlich den Menschen zugutekäme. Es ist höchste Zeit, Geld

für die Zukunft des Landes in die Hand zu nehmen, statt es wie Dagobert Duck zu horten.

Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen endlich von der positiven Haushaltslage spürbar profitieren. So bleibt in den Kommunen noch immer vieles auf der Strecke, weil das Geld für Investitionen und Reparaturen fehlt. Straßen, Brücken, Schulen und Kindergärten bröckeln vor sich hin, während das Land Jahr um Jahr höhere

Einnahmen zu verzeichnen hat. Die Kommunen brauchen ein echtes Investitionsprogramm, kein Klein-Klein und keine Notfallversorgung. Wir halten an unserer Forderung nach einem Regionalbudget für die ländlichen Gestaltungsräume fest, ein Vorschlag, der selbst bei CDU-Kommunalvertretern Applaus findet.

Nicht kleckern, sondern klotzen ist auch im Bereich Bildung angesagt, sonst werden die erforderlichen Verbesserungen nicht erreicht werden können. Es wäre ein Leichtes, die Schulsozialarbeit endlich flächendeckend und langfristig zu sichern. Das dazu erforderliche Geld ist vorhanden, der politische Wille der neuen, alten Koalition offenbar nicht.

Unsere Vorschläge sind angesichts der komfortablen Haushaltslage durchweg finanzierbar. Sie umzusetzen wäre das Gebot der Stunde. Dann hätten alle etwas davon.“

„Zahlreiche Menschen bewegen doch insbesondere die Fragen, was mit ihnen oder ihren Angehörigen nach dem Tode geschieht und wie selbstbestimmt sie darüber entscheiden können“, so Ritter. „Darüber hinaus ist es erforderlich, über die Wiedereinführung des Sterbegeldes zu beraten.“ Ritter kündigte an, das Thema spätestens Anfang kommenden Jahres erneut auf die Tagesordnung des Landtags setzen zu lassen.

Zukunft der Bestattungs- und Erinnerungskultur

Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter, nahm an der dreitägigen Tagung „Friedhofspflicht/Friedhofsfucht“ an der Universität Rostock teil. „Die Konferenz, auf der über die Zukunft der Bestattungs- und Erinnerungskultur beraten wurde, machte erneut deutlich, dass dieses Thema die Menschen bewegt“.

Ein Antrag der Linksfraktion im Januar dieses Jahres, in einen offenen Dialog über Änderungsbedarfe im Bestattungsgesetz zu treten, wurde von den Koalitionsfraktionen SPD und CDU mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. „Die Blockadehaltung der Koalition ist angesichts der Bedeutung des Themas nicht angemessen“, so Ritter. Vor dem Hinter-

grund einer zunehmenden Säkularisierung und religiösen Vielfalt, gestiegener Anforderungen an die Leichenschau oder auch einer sich wandelnden Bestattungskultur werde das geltende Bestattungsrecht gesellschaftlichen Anforderungen nicht mehr gerecht.

„Es geht bei weitem um mehr als um den sogenannten Friedhofszwang“, betonte Ritter. „Wir werben weiter um einen ergebnisoffenen Dialog mit allen Betroffenen – mit Vertretern der Kommunen, der Religionsgemeinschaften, der Friedhofsverwaltungen, der Bestattungsunternehmen, der Rechtsmedizin, der Ärztekammer, der Justiz, des Verbraucherschutzes sowie des Gartenbaus.“ Zu diskutieren seien etwa eine

bessere Qualifizierung der Ärzte, die die Leichenschau vornehmen, die Zertifizierung von Bestattungsunternehmen, die Verkürzung der Mindestruhezeit oder auch die Aufhebung bzw. Lockerung des Friedhofszwangs.

Das wahre Gesicht der AfD
Ein dringender Appell an die Enttäuschten und Wütenden: Vergeudet euren Protest nicht! Gebt nicht den Flüchtlingen die Schuld für eure Probleme! Glaubt nicht den falschen Versprechungen von einer heilen, nationalen Welt! Stephan Hebel wirbt für eine ganz andere Sicht der Dinge.

Lesetipp



Das wahre Gesicht der AfD
Ein dringender Appell an die Enttäuschten und Wütenden: Vergeudet euren Protest nicht! Gebt nicht den Flüchtlingen die Schuld für eure Probleme! Glaubt nicht den falschen Versprechungen von einer heilen, nationalen Welt! Stephan Hebel wirbt für eine ganz andere Sicht der Dinge.